

Vilsbiburger Zeitung

Vilsbiburger Nachrichten · Vilsbiburger Anzeiger · Veldener Zeitung

Nummer 204

Maria Theresia Wüllenweber – Freitag, 5. September 2014 – Katharina Zell

1,40 € / B 6964 A

■ **LOKALES**

Altfraunhofen:
Landwirten stinkt
der Hundekot

■ **REGIONALES**

Drei Zebras büxen aus
Zirkus aus und gehen
auf Wanderschaft

■ **DIE SEITE DREI**

Horrorcrash auf A3:
Großmutter und zwei
Enkelinnen sterben

■ **WIRTSCHAFT**

Ladendiebstahl kostet
Bayerns Einzelhandel
Hunderte von Millionen

■ **SPORT**

Löw hat Personalsorgen:
Özil, Hummels und
Draxler fallen aus

Drohende Deflation: EZB senkt Leitzins auf neues Rekordtief

Nur noch 0,05 Prozent – Europas Notenbank wollen zudem Kreditverbriefungen und Pfandbriefe kaufen

Frankfurt. (dpa) Mit einem weiteren Anti-Krisenpaket stemmen sich Europas Währungshüter gegen die mickrige Inflation und die maue Konjunktur im Euro-Raum. Überraschend senkte die Europäische Zentralbank (EZB) gestern den Leitzins auf das neue Rekordtief von 0,05 Prozent. Zudem müssen Banken künftig einen noch höheren Strafzins von nun 0,2 Prozent bezahlen, wenn sie Geld bei der Notenbank parken, statt es in Form von Krediten an Unternehmen weiterzureichen.

Gleichzeitig beschloss der EZB-Rat den Ankauf von Kreditpaketen (Asset Backed Securities/ABS) und Pfandbriefen, um die lahrende Kreditvergabe in der Euro-Zone endlich in Schwung zu bringen.

Mit ihrem neuen Maßnahmenbündel reagieren die Notenbanker auf die schwache Konjunktur im Euro-Raum und die sehr niedrige Inflation, die im August auf 0,3 Prozent gefallen ist – den niedrigsten Stand seit Oktober 2009. Der Wert liegt seit Monaten deutlich unterhalb der Zielmarke der EZB von knapp unter zwei Prozent. „Unser Mandat ist Preisstabilität. Wir mussten etwas tun, das ist unsere Pflicht“, sagte EZB-Präsident Mario Draghi dazu.

Denn seit Monaten steht die Sorge im Raum, dass daraus eine gefährliche Deflationsspirale aus Preisverfall und schrumpfender Wirtschaftsleistung entstehen kann. Unternehmen und Verbraucher könnten dann Investitionen und

Anschaffungen in Erwartung weiter sinkender Preise hinauszögern. Das würde die ohnehin fragile Konjunkturerholung in Europa abwürgen. Draghi sieht im Moment zwar keine Deflation. Doch je länger die Teuerung niedrig bleibe, umso größer sei die Gefahr, dass die Inflationserwartungen aus den Fugen geraten.

Ob der neue Zinsschritt mehr ist als Kosmetik, ist umstritten. Die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, Liane Buchholz, sagte: „Es drängt sich der Vergleich auf, dass die EZB den Euro mittlerweile im späten Sommerschlussverkauf anbietet. Aber auch diese Leitzinssenkung wird nicht zur erhofften Stimulation der Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen führen.“

Der Pessimismus ist auch infolge der Ukraine-Krise gewachsen. Schon im Frühjahr hatte die Wirtschaftsleistung der Länder in der Euro-Zone stagniert. Daher blicken Europas Währungshüter skeptisch auf die Konjunkturerholung im Euro-Raum. Die EZB senkte gestern sowohl ihre Wachstums- als auch ihre Inflationsprognose für dieses Jahr. Die Notenbank erwartet nun für 2014 eine Jahresteuering von 0,6 Prozent, für 2015 von 1,1 Prozent und für 2016 von 1,4 Prozent. Der Wirtschaft im Euro-Raum traut die Notenbank im laufenden Jahr nur noch 0,9 Prozent (bisher: 1,0) Wachstum zu. 2015 dürfte die Wirtschaft mit 1,6 (1,7) Prozent wieder etwas stärker anziehen.

Kommentar Seite 2/Wirtschaft



PILOTEN-STREIK: Die Lufthansa-Piloten wollen heute streiken. Am Frankfurter Flughafen sollen zwischen 17 und 23 Uhr Kurz- und Mittelstreckenflüge bestreikt werden, wie die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit gestern mitteilte. Am Münchner Flughafen sind keine größeren Beeinträchtigungen zu befürchten. *Wirtschaft*

Die Region stellt sich vor

Landrat Peter Dreier eröffnete gestern die Wirtschaftsschau „inVIB 2014“

Vilsbiburg. (gs) Landrat Peter Dreier hat gestern Nachmittag die Wirtschaftsschau „inVIB 2014“ eröffnet. Rund 100 Aussteller aus der Region Vilsbiburg zeigen die Leistungskraft der Wirtschaftsregion. Bis zum Sonntag präsentieren internationale agierende Unternehmen, regionale Handwerksbetriebe und innovative Dienstleister auf dem mehr als 10000 Quadratmeter großen Messegelände rund um die Stadthalle die neuesten Entwicklungen aus ihrer Branche. Das Schwerpunktthema ist die Elektromobilität, aber auch konventionelle Neuerungen auf dem Automobilsektor bilden einen Messeschwerpunkt.

Es ist dies die zehnte Wirtschaftsschau, die das Wirtschaftsforum Vilsbiburg ehrenamtlich organisiert. Vorsitzender Klaus Hoffmeister und Vilsbiburgs Zweiter Bürgermeister Hans Sarcher lobten dabei gleichermaßen die Anstrengungen



Landrat Peter Dreier (mit blauer Krawatte) und weitere Ehrengäste machten beim Messerundgang am Stand der Dräxlmaier-Group halt. (Foto: gs)

der Mitglieder, eine hoch professionelle und zugleich abwechslungsreiche Regionalmesse auf die Beine zu stellen, zu der bei freiem Eintritt wieder rund 15 000 Besucher erwart-

et werden. Die Vilsbiburger Regionalmesse sei inzwischen zum Vorbild für viele Ausstellungen im weiten Umkreis geworden, lobte der Schirmherr, Landrat Dreier.

Deutsche fürchten vor allem um ihr Geld

Berlin. (dpa) Drei von fünf Deutschen fürchten wegen Euro-Krise und teurerer Lebenshaltung vor allem um ihr Geld. Aber mehr als ein Drittel hat auch Angst vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung. Das geht aus der Umfrage der R+V-Versicherung hervor, die gestern in Berlin vorgestellt wurde. Jeder zweite Befragte macht sich zudem Sorgen über Naturkatastrophen und die Frage, ob er im Alter ein Pflegefall wird. Insgesamt sind die Deutschen allerdings recht entspannt. *Kommentar Seite 2/Seite 3*

Nato bereitet sich auf neuen Kalten Krieg vor

Mitglieder der Militärallianz wollen Truppenpräsenz in Osteuropa verstärken

Newport. (dpa) Nato-Staaten stellen der Ukraine im Konflikt mit Russland Waffenlieferungen in Aussicht. Das sagte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gestern in Newport nach Beratungen mit den Staats- und Regierungschefs der 28 Nato-Staaten. Es gehe unter anderem um Präzisionsmunition. Nähere Angaben über die Lieferanten machte er nicht.

Am ersten Tag des Gipfels in Wales bereitete sich die Nato auf einen möglichen neuen Kalten Krieg in Europa vor – begleitet von russischen Drohungen. Zum Schutz der ost- und mitteleuropäischen Bündnispartner will die Allianz die Truppenpräsenz in östlichen Bündnisstaaten verstärken und eine schnelle Eingreiftruppe gegen Aggresso-

ren an ihren Grenzen aufstellen. Entscheidungen dazu wurden heute erwartet.

Die russische Führung warnte das Bündnis in aller Schärfe, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und die Gründungsakte des Nato-Russland-Rates von Mai 1997 aufzukündigen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow warnte vor einem Ende des blockfreien Status der Ukraine. Wer die Neutralität infrage stelle, gefährde eine Lösung im Ostukraine-Konflikt, sagte er der Agentur Interfax zufolge in Moskau. Eine Aufkündigung der Nato-Russland-Akte nannte Lawrow inakzeptabel.

Diese Anwürfe Moskaus konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) entkräften: „Es geht nicht

um eine Mitgliedschaft in der Nato.“ Die Allianz zeige sich aber solidarisch im Konflikt um die Ostukraine. Und es gebe die Bereitschaft zu weiteren Sanktionen gegen Russland. Dennoch müssten Gespräche mit Russland weitergehen. „Wir wollen eine politische Lösung. Wir sind bereit natürlich mit Russland darüber zu sprechen“, sagte Merkel. Man müsse Russland mit Entschlossenheit, aber auch mit Offenheit begegnen.

Zuvor hatte die Kanzlerin darauf bestanden, bestehende Verträge wie die Gründungsakte des Nato-Russland-Rates zu erfüllen. Dieses Abkommen verbietet der Nato die dauerhafte Stationierung von starker Kampfverbände in ihren östlichen Mitgliedsstaaten. Osteuropäische

Mitgliedstaaten sind für eine Aufkündigung des Vertrags, der seit 1997 die Beziehungen zwischen der Nato und Russland regelt.

Schon vor dem Gipfel hatten US-Präsident Barack Obama und der britische Premier David Cameron eine Botschaft an die Adresse von Russlands Präsident Wladimir Putin geschickt. Es wird eine längerfristige Präsenz von Nato-Truppen in Osteuropa beschlossen, wie beide in einem Gastbeitrag für die britische Zeitung „Times“ ausführten.

„Im Osten hat Russland sämtliche Regeln gebrochen mit seiner illegalen, eigenmächtigen Annexion der Krim und seinen Truppen auf ukrainischem Boden, die einen souveränen Nationalstaat bedrohen“, schrieben sie. *Seiten 6/7*